

53/SN-38/ME 1 von 2

KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ
INSTITUT FÜR GERMANISTIK

A-8010 Graz, Universitätsplatz 3

Telefon 315 81/327 (Sekretariat)

A-8010 Graz, am 1.2.1984

o.Univ.-Prof.Mag.Dr.Dietmar Goltschnigg

GESETZENTWURF
12.83
1984-02-20

X Wones

An den
Rektor der
Karl-Franzens-Unviversität Graz
o.Univ.-Prof.Dr.Heinrich Mitter

KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ
UNIVERSITÄTSGRAZ
06.FEB.1984
Z. 39/36/4 83/84

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Erlangung studien-
richtungsbezogener Studienberechtigungen (Z. 39/36/4 ex 1983/84)

Gegen den obengenannten Entwurf erhebe ich als zuständiger Fachprüfer aus Deutsch im Rahmen der Berufsreifeprüfung an der Universität Graz folgende Einsprüche:

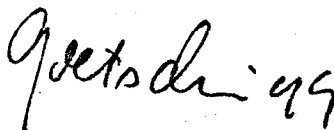
1. Unter § 5(1)4 fehlt die Angabe darüber, bei welcher Institution die Bewerber ohne österreichische Staatsbürgerschaft den Nachweis der hinreichenden Beherrschung der deutschen Sprache zu erbringen haben.
2. Wenn laut § 8(5) "eine lebende Fremdsprache [...] zu den fachlichen Voraussetzungen eines jeden Studiums gehört", dann muß dies naturgemäß in erster Linie auch für die deutsche Muttersprache gelten. Im § 8 vermisze ich jedoch diesbezüglich den in der bisherigen Berufsreifeprüfung lt. StGBI. 167 vom 3. September 1945, § 4(1) vorgesehenen schriftlichen Aufsatz, der als vierstündige Klausurarbeit die Fähigkeit der Kandidaten unter Beweis stellen soll, "ein allgemeines Thema in einwandfreier und gewandter Sprache und mit klarem Gedankengang abzufassen". Diese Prüfungsanforderung, die einen Hauptteil jeder österreichischen Matura darstellt, sehe ich - wie auch meine bisherige Erfahrung als zuständiger Fachprüfer aus Deutsch in der Grazer Berufsreifeprüfungskommission sowie als Lehrer im darauf vorbereitenden Hochschulkurs hinreichend gezeigt hat - als unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung eines jeden Hochschulstudiums. Eine Studienberechtigungsprüfung ohne den erwähnten schriftlichen Aufsatz in Form einer Klausurarbeit halte ich daher von meinem

- 2 -

Standpunkt aus für nicht akzeptabel. Es kann sich hierbei wohl nur um ein Versehen von seiten der Verfasser des vorliegenden Entwurfs handeln, und ich fordere nachdrücklich, dieses auszumerzen und den schriftlichen Aufsatz in Form einer vierstündigen Klausurarbeit (so wie bisher in der Berufsreifeprüfung) als unverzichtbares Prüfungsfach in die geplante Studienberechtigungsprüfung aufzunehmen.

3. Als weiteres Prüfungsfach (eventuell als Alternative zu § 8 (1) 1 oder 2) befürworte ich entschieden die Aufnahme der deutschen (bzw. Welt-)Literatur, deren Kenntnis in Form von einigen ausgewählten (etwa 20 wie in der bisherigen Berufsreifeprüfung) Texten mindestens ebenso zur unerläßlichen Allgemeinbildung für jedes Studium zählt wie die Zeitgeschichte Österreichs oder Geschichte und Sozialkunde.

Mit vorzüglicher Hochachtung



(o.Univ.-Prof. Mag. Dr. Dietmar Goltschnigg)